

Autonome Antifa Trier
Antifaschistischer Jahresrückblick 2013



2013

Vorwort

Im Dezember 2012 veröffentlichten wir unsere Broschüre „Neonazis in Trier – eine Bestandsaufnahme“, in der wir die Neonaziszene in Trier und Umland unter die Lupe nahmen. Auch 2013 setzten wir diese kritische Auseinandersetzung mit der regionalen Neonaziszene fort.

Die Arbeit der *Autonomen Antifa Trier* war aber auch 2013 viel breiter als die alleinige Beschäftigung mit den hiesigen Nazis – hier vor allem die NPD Trier, samt ihres Kundgebungszyklusses. Unserem Verständnis über einen konsequenten Antifaschismus liegt die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Strukturen und Zuständen zu Grunde, die unseren Vorstellungen über ein gutes und solidarisches Leben für alle entgegenstehen. Dass diese grundlegende Kritik an der kapitalistischen und deutschen Normalität so aktuell wie eh und je ist, zeigte sich auch im vergangenen Jahr schmerzhaft. In Orten wie Schneeberg, Berlin-Hellersdorf oder Duisburg, um nur einige zu nennen, formierte sich der rassistische Mob und hetzte gegen Flüchtlinge. Gleichzeitig starben hunderte Flüchtlinge bei dem Versuch, die vermeintlich sichere Zuflucht Europa zu erreichen. In diesem Zusammenhang fand im Sommer in Trier eine Demo statt, um diese rassistischen Zustände und insbesondere die europäische Abschottungspolitik anzugehen.

2013 gab es in Trier aber auch noch weitere Themenfelder linker und emanzipatorischer Politik: So organisierten sich beispielsweise Menschen, um eine aktuelle feministische Kritik und Politik zu stärken und zu etablieren. Gründe dafür gibt es mehr als genug. Nicht erst 2013 wurde deutlich, in wie vielen Formen die bestehenden Verhältnisse ihr unmenschliches und unterdrückendes Gesicht zeigen. Ganz nebenbei befindet sich der Kapitalismus in einer seiner vielen und wohl auch nicht letzten Systemkrise. Anstatt aber das Problem im kapitalistischen System selbst zu sehen, führte und führt diese Krise zu einer autoritären Sparpolitik, welche sich unter der Führungsrolle Deutschlands in Europa mit allen Mitteln – und allen Folgen zum Trotz – durchsetzt.

Wo kann Antifaschismus also ansetzen und was können wir tun, um diesen Verhältnissen etwas entgegenzusetzen? Klar ist: Will man Probleme an der Wurzel lösen, muss man diese im Kontext verstehen. Schnell wird aber deutlich, dass es hier um die gesamtgesellschaftliche Soße geht und damit unterschiedlichste Themen in den Fokus geraten. Das spiegelt sich auch in den Schwerpunkten des vergangenen Jahres wider.

So soll dieser „Jahresrückblick“ nicht wie so oft bei schönen und emotionalen Bildern stehen bleiben. Ziel ist es vielmehr, einen kurzen Rückblick auf die Themen vorzunehmen, die 2013 in Trier und darüber hinaus für uns wichtig waren und diese in einen Zusammenhang zu stellen. Auch wollen wir uns bei unseren vielen Unterstützer*innen bedanken und allen Leuten, die diese Zustände genauso ankotzen wie uns, viel Kraft für 2014 wünschen.

Eure *Autonome Antifa Trier*
Februar 2014



Vor der Kommunalwahl sicher ein gewohnter Anblick in Trier: NPD-Plakate in der Innenstadt

Fehlender Wille gegen Neonazis?

Die Stadt Trier und ihr Umgang mit der NPD

Am 25. Mai 2014 finden die nächsten Kommunalwahlen in Trier statt. Das ist Grund genug, um einen kurzen Rückblick auf den Umgang der Stadt mit der hiesigen NPD und ihrem Kreisvorsitzenden Safet Babic zu werfen.

Dieser setzte auch 2013 seine Strategie der monatlichen Kleinstdemos und -kundgebungen fort. Erfreulicherweise scheint der Wanderzirkus aber keine nachhaltig positive Wirkung zu erzielen. Insbesondere in den letzten Monaten ließ sich die Zahl der Teilnehmer*innen auf ihren Kundgebungen komfortabel an zwei Händen abzählen und selbst zu „Großaktionen“, wie dem Besuch des „NPD-Flagschiffs“ während des Bundestagswahlkampfes, erschienen nur 16 Nazis – wovon wiederum nur drei aus dem Trierer Kreisverband stammten. Ähnlich ernüchternd dürfte aus Sicht der NPD das Bundestagswahlergebnis ausgefallen sein, erreichte sie mit 0,7% ein um 0,1% schlechteres Zweitstimmenergebnis als noch 2009.

Babics Strategie, mit Hilfe von möglichst vielen kleinen Aktionen den antifaschistischen Protest zu zermürben, hat sich somit als Bumerang erwiesen. Weiterhin stehen dem NPDler auch bei kurzfristig angekündigten Kundgebungen mindestens fünfzig Gegendemonstrant*innen entgegen,

während es ihm offenkundig selbst kaum mehr gelingt, die eigenen Mitglieder zu mobilisieren. Der Kreisverband Trier der NPD ist inzwischen faktisch auf seinen Vorsitzenden, Safet Babic, sowie dessen Stellvertreter, Detlef Walter, geschrumpft.

Trotz dieser offenkundigen Schwäche sind die städtischen Institutionen weiterhin zögerlich im Umgang mit Safet Babics Clique. Wie zu erwarten scheiterte etwa das Verbot der alljährlichen NPD-Kundgebung am 9. November vor Gericht. Obwohl dies in den Jahren zuvor ebenfalls der Fall gewesen war, versuchte die Stadt gar nicht erst ihren Verbotstext zu überarbeiten. Es scheint sich also inzwischen mehr um ein leeres Ritual zu handeln, denn um den ernsthaften Versuch zumindest am Jahrestag der Reichspogromnacht offenkundige neonazistische Provokationen zu unterbinden. Stattdessen war zu beobachten, wie die Polizei dem rechten Gruselkabinett von Kundgebung zu Kundgebung – bei gleichbleibend niedriger Teilnehmer*innenzahl – mehr Raum auf dem Bahnhofsvorplatz einräumte und so die antifaschistischen Gegendemonstrant*innen an den Rand drängte.

Dieser Unwille zum offensiven Umgang mit der NPD zeigte sich im Laufe des zurückliegenden Jahres in zahlreichen wei-

teren Beispielen. So musste sich Oberbürgermeister Jensen erst durch eine öffentlichkeitswirksame Aktion bitten lassen, die illegal in der Innenstadt angebrachten NPD-Plakate während des Bundestagswahlkampfes zu entfernen. Ebenso entspannt geht man mit den fantasievollen Kundgebungsanmeldungen von Babic um. Da stört es niemanden, wenn die Neonazis erst ein, zwei oder mehrere Stunden nach dem offiziellen Beginn an ihrem Kundgebungsort ankommen. Auch wenn gleich 15 verschiedene Kundgebungen über einen Tag verteilt angemeldet wurden, von denen dann nur ein Bruchteil tatsächlich abgehalten wurden, scheint für die Exekutive kein Grund zum Einschreiten zu sein. In anderen Städten wäre die Kundgebung in solchen Fällen aufgrund entsprechender Auflagen des Ordnungsamts schon lange aufgelöst. Letztlich lassen sich Stadt und Polizei von den Neonazis auf der Nase rumtanzen.

Zwar wurde mit der Gründung des Vereins „Für ein buntes Trier – gemeinsam gegen Rechts“ 2012 versucht, eine Nachfolge für das bürgerliche „Bündnis gegen Rechts“ zu gründen und damit kommunale Antinaziarbeit zu institutionalisieren. Die bisherige Bilanz fällt allerdings ernüchternd aus. Zum Einen fehlt dem Verein sowohl die finanzielle als auch personelle Ausstattung, um wirklich wirksam zu werden – auch hier wäre die Stadt wieder in der Pflicht. Zum Anderen ähneln manche der gewählten Aktionsformen doch leider sehr einem (linksalternativen) „Bratwurstessen gegen Nazis“, deren Aussage und Wirksamkeit sehr begrenzt bleiben muss.

Ebenfalls eine unrühmliche Rolle nehmen Teile der örtlichen Presse ein. Insbesondere beim „Trierischen Volksfreund“ (TV) hat man das Gefühl, die Redaktion handele nach dem Motto „Was ich nicht sehe, das existiert auch nicht“. Eine (kritische) Berichterstattung über Nazistrukturen im Verbreitungsgebiet des TV fehlt ebenso wie Ankündigungen von bzw. Berichte über antifaschistischen Gegenaktionen.

Leider ist zu erwarten, dass sich beides – die Strategie der Kleinstkundgebungen, als auch der unbeholfene Umgang damit und die Ignoranz der Presse – auch 2014 fort-

setzen wird. Allerdings stehen im Mai Europa- und Kommunalwahlen an und es ist zu befürchten, dass sich die fehlende offensive Auseinandersetzung mit Safet Babic und seinem Wahlverein dann rächen könnte. Schon jetzt blieb dem Stadtrat eine tiefere Auseinandersetzung nur erspart, da Babic aufgrund einer Verurteilung wegen Körperverletzung während der laufenden Legislaturperiode ausgeschlossen werden konnte.

Sollte der NPD ein Wiedereinzug in den Stadtrat am 25. Mai gelingen, wird sich zeigen, ob die Strategie der Ignoranz und Lippenbekenntnisse von Seiten großer Teile der Kommunalpolitik nicht der falsche Weg gewesen ist.



„NS Verherrlichung stoppen“: antifaschistische Demo am 23. November in Remagen

NS-Verherrlichung stoppen!

Ein Bericht zur Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Remagen

Zum fünften Mal in Folge marschierten am 23. November 2013 Neonazis in Remagen (RLP) auf. In Remagen, einer Kleinstadt am Rhein zwischen Bonn und Koblenz, entstand im März 1945 eine von vielen alliierten Gefangenessammelstellen, welche als Anlass für den sogenannten „Trauermarsch“ der Nazis dient. In den vergangenen Jahren konnten die Neonazis um das „Aktionsbüro Mittelrhein“, dessen Mitglieder und Unterstützer bis vor Kurzem noch zahlreich in Untersuchungshaft saßen, immer wieder zu ihrem „Trauermarsch“ für die „Opfer der Rheinwiesenzlager“ mobilisieren. Dies gelang den Neonazis, ohne einen breiten Protest der Zivilgesellschaft hervorzurufen.

Nach der staatlichen „Zerschlagung“ des „Aktionsbüro Mittelrhein“, übernahm die neonazistische Partei Die Rechte Organisation und Infrastruktur des Aufmarsches. Die Zahl der Versammlungsteilnehmer*innen auf Seiten der Neonazis schwankte dabei zwischen 150 bis 270 Anhänger*innen. Dieses Jahr gelang es, trotz der massiven Repressionen gegen Antifaschist*innen in den Jahren zuvor, erstmals mit einer breit angelegten antifaschistischen Kampagne, nach Remagen zu mobilisieren und eine eigene Demonstration zu organisieren. Unter dem Motto „NS-Verherrlich-

ung stoppen“ reisten insgesamt 400 Menschen nach Remagen, um gegen den Aufmarsch der Neonazis zu protestieren und mit einer eigenen Demo gegen eine Verherrlichung des Nationalsozialismus und Geschichtsrevisionismus einzutreten.

Warum wir nach Remagen gefahren sind

Der Aufmarsch in Remagen ist ein bedeutendes Event für die rechte Szene Westdeutschlands. Trauermärsche und Gedenkveranstaltungen sind für Neonazis ein identitätsstiftendes Instrument, das Umdeuten der Täter*innen des Nationalsozialismus zu deutschen Opfern ein elementarer Bestandteil des Weltbildes der extremen Rechten. Auch deshalb erlangte der „Trauermarsch“ in Remagen überregionale Bedeutung. Die provisorischen „Rheinwiesenzlager“ werden in dieser nazistischen Geschichtsverdrehung zu „Konzentrationslagern“, der notwendige Kampf gegen den Nationalsozialismus und die von ihm betriebene Barbarei wird zu einem „Angriffskrieg“ gegen das unschuldige Deutschland verdreht. Die Schuldigen werden so geschützt und stattdessen zu Opfern des Krieges umgedeutet, der von ihnen erst ausging. Aber nicht nur die rechte Szene,

sondern auch ein bürgerliches Gedenken orientiert sich oftmals an diesem Schema. Die Toten werden bedauert, die Schuld Deutschlands findet meist keine große Erwähnung.

Der Effekt dieses Gedenkens ist, dass der Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten so als ein Krieg erscheint, der unerwartet über die Welt gekommen sei – ohne dass jemand schuld daran gewesen wäre. Dieses „wir sind doch alle nur Verlierer des Krieges“ blendet völlig aus, dass Deutschland unter großer Beteiligung seiner Bevölkerung diesen Krieg erst begonnen hat und somit verantwortlich für die unzähligen Toten in den Vernichtungslagern und auf den Schlachtfeldern auf dieser Welt ist.

Das sogenannte Gedenken rund um die „Rheinwiesenlager“ in Remagen ist für uns ein Paradebeispiel für den oftmals herangezogenen deutschen Opfermythos, also eben dieser – schon erwähnten – Verdrehung der Täter*innen zu vermeintlichen Opfern. Wir finden es wichtig, die deutsche Schuld an diesem Krieg und der Shoa zu betonen und jeden deutschen Opfermythos zu entzaubern.

Gemeinsam zur Demonstration!

Wir haben uns sehr gefreut, dass wir mit diesem Anliegen nicht alleine waren. Zusammen mit anderen Gruppen sowie Einzelpersonen sind wir mit einem gemeinsamen Ziel nach Remagen gefahren: zusammen gegen den deutschen Opfermythos

und gegen den größten Naziaufmarsch in Rheinland-Pfalz zu demonstrieren. Die Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen, die an diesem Tag nach Remagen gereist sind, hat uns Mut gemacht und es freut uns, dass es in Trier so viele Menschen gibt, die den weiten Weg nach Remagen auf sich nehmen, um sich dort dem deutschen Alltag und seinen Nazis in den Weg zu stellen.

Wir finden Demonstrationen außerhalb der eigenen Region auch deshalb so wichtig, weil für uns klar ist, dass Neonazis und Geschichtsrevisonismus nicht nur ein Problem der NPD in Trier sind, sondern ein allgemeines Phänomen dieser Gesellschaft, das es zu bekämpfen gilt – nicht nur in Trier, sondern überall!

Die sogenannten „Rheinwiesenlager“

Kurz vor Ende des zweiten Weltkrieges gelangten den alliierten Streitkräften einige schnelle und überraschende militärische Vorstöße gegen Nazideutschland. Infolgedessen mussten innerhalb kürzester Zeit ca. 1 Millionen deutsche Kriegsgefangene auf der linken Rheinseite untergebracht werden. Zu diesem Zwecke errichteten die Alliierten bis zu 20 große Gefangenenlager, die meisten entlang des linken Rheinufers. Diese provisorischen Einrichtungen dienten als Sammelstelle für unterschiedliche Gefangene und hatten die Funktion eines „Durchgangslagers“. So bestand das sogenannte „Rheinwiesenlager“ in Remagen nur zwischen April und Ende Juni 1945. Durch die kurzfristige Errichtung der Lager waren die Versorgungslage und die hygienischen Zustände schlecht, besserten sich dann allerdings schnell.

Dies muss im Kontext zu den unmittelbaren Folgen des Krieges wie wochenlanger Unterernährung, Erschöpfung, den daraus resultierenden Krankheiten und der allgemeinen Versorgungsknappheit nach Kriegsende gesehen werden. Im Remagener „Rheinwiesenlager“ sind knapp 1200 Tote belegt. Nach seriösen Rechnungen sind in allen sogenannten „Rheinwiesenlagern“ insgesamt zwischen 5.000 und 10.000 Insassen ums Leben gekommen. Diese Zahl ist dabei in Relation zu der Gesamtanzahl von etwa 1.000.000 Gefangenen zu betrachten. Nicht nur in Remagen dienen diese ehemaligen Gefangenenstellen für einen geschichtsrevisionistischen Trauer- und Opferkult.

Weiteres zu diesem Thema:

* <http://www.remagen2013.blogspot.de>

* <http://www.infobuero.org/2013/10/remagen-neonazi-trauermarsch-am-23-november-2013/>



„Verfassungsschutzverbot jetzt!“: Silvio Meier Demo in Berlin

Hurra, der Verfassungsschutz ist da!

Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz veröffentlichte Mitte 2013 den „Verfassungsschutzbericht 2012“. Das 142 Seiten umfassende Dokument beinhaltet die Beobachtungen und Einschätzungen der Verfassungsschützer*innen über alle jene, die als Gefahr für die demokratische Grundordnung gesehen werden. Diese sind ideologisch stilsicher in drei Kategorien untergliedert. Rechtsextremen, linksextremen und islamistisch-extremistischen Gruppen wird jeweils ein großer Teil des Berichts gewidmet. Der Verfassungsschutz ist sich sicher, dass diese drei Verfassungsfeinde es allesamt auf den Staat und seine Verfassung abgesehen haben und deswegen „wesensgleich“ wären.

Zugrunde liegt dieser Gleichsetzung die vielfach kritisierte Extremismustheorie. Sinn und Zweck der ganzen Geschichte ist, verschiedene politische „Extreme“ als andere und „böse“ Randerscheinungen zu markieren und diesen den ideologisch positiv aufgeladenen und unantastbaren demokratischen Verfassungsstaat entgegenzusetzen. Dieser wird von einer idealisierten politischen Mitte gestützt, welche frei von menschenfeindlichen Einstellungen wäre. Dies ist allein mit dem Blick auf die rassistischen Proteste gegen Flüchtlinge natürlich völliges Wunschdenken; Ziel und Zweck ist es darüber hinaus die politischen „Extreme“ gleichzusetzen. Linke Gesell-

schaftskritik wird damit in einen Topf mit nazistischen und islamistischen Ideologien gesetzt; der Wunsch nach einem guten Leben für alle somit in einen Topf mit totalitären Gesellschaftsentwürfen gesetzt, die ihre jeweilige Vorstellung einer homogenen Volks-, bzw. Religionsgemeinschaft mit allen Mitteln durchsetzen wollen.

Dieser Doktrin folgend, wurde auch die *Autonome Antifa Trier* die Ehre zu Teil, im Verfassungsschutzbericht 2013 aufgenommen zu werden. 2012 veröffentlichten wir eine Broschüre, die Informationen über bekannte NPD-Mitglieder aus Trier und der Umgebung beinhaltete. Die Broschüre findet sich im Bericht wieder, weil sie dem Verfassungsschutz als Beispiel für ein typisches „Outing“ dient. Es wird behauptet, „in der Broschüre werden personenbezogene Daten und Fotos von (vermeintlichen) Angehörigen der rechtsextremistischen Szene in Trier sowie eine Übersicht über angebliche Ereignisse und Aktivitäten dieser Szene veröffentlicht.“

Erstens: Die genannten Neonazis sind nicht nur vermeintliche Neonazis. Zweitens: Alle offen genannten Personen sind Personen des öffentlichen Lebens (vor allem Kandidaten der NPD) und somit auch als solche legal zu benennen. Wir wollen uns hier nicht von Outings distanzieren, die Neonazis aus ihrer Anonymität holen – egal ob

Person des öffentlichen Lebens oder nicht. Oftmals sind dies hilfreiche und gute Aktionen. In unserem Fall geht es darum, aufzuzeigen, dass der Verfassungsschutz entweder keine Ahnung davon hat, was ein Outing ist oder auch einfach nur krampfhaft Beispiele für „linksextreme“ Umtriebe in Rheinland-Pfalz sucht.

Führt diese Inkompetenz und die ungewollte aber doch gut gelungene Werbung für unsere Broschüre erst einmal zu einem Schmunzeln, zeigt die Kehrseite der Medaille doch auch die Gefahr von einem Geheimdienst auf, der sich fragwürdigerweise auf die Fahnen geschrieben hat, mit Mitteln der „politischen Bildung“ und Öffentlichkeitsarbeit die Gefahr von vermeintlichem politischen Extremismus auf die politische Agenda zu setzen. So werden Neonazistrukturen jahrelang verheimlicht, ihr Bestehen geleugnet. So zum Beispiel das *Aktionsbüro Mittelrheins* in Rheinland-Pfalz. Seit 2005 trat diese kameradschaftsähnliche Gruppierung vor allem durch Gewalttaten und Anti-Antifaarbeit in Erscheinung. Antifaschistische Initiativen machten seit Jahren auf diese Umtriebe aufmerksam. Erst nachdem das Aktionsbüro 2012 zerfallen wurde, wird es im Verfassungsschutzbericht 2012 erwähnt. Ein weiteres Beispiel aus der Region Trier ist die *Chaos Crew*, die bis 2010 im Mosel-Hinterland aktiv war, auch diese wurde jahrelang nur in antifaschistischen Publikationen thematisiert, staatliche Institutionen schwiegen, bis mehrere Mitglieder der *Chaos Crew* einen „Aussteiger“ schwer zusammenschlugen und darauf hin zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Antifaschistische Gruppierungen werden hingegen auf Biegen und Brechen versucht öffentlich zu diskreditieren und zu kriminalisieren.

Verfassungsschutz? Abschaffen!

Nicht erst die öffentlich werdende Rolle des Verfassungsschutzes im Fall des NSU machte klar, dass diese Behörde abgeschafft werden muss. Fest steht: In Deutschland können Neonazis morden, ohne dabei aufgedeckt zu werden. Nicht nur in Rheinland-Pfalz verschweigen öffentliche Behörden, also Verfassungsschutz aber auch der polizeiliche Staats-

schutz, Naziaktivitäten und Strukturen. Linke Strukturen müssen auch in Rheinland-Pfalz mit Repression und Überwachung rechnen. Das heißt auch für uns und für alle Menschen, die die bestehenden Verhältnisse nicht hinnehmen wollen bzw. sich Neonazis konsequent in den Weg stellen, dass all diese Gefahr laufen, kriminalisiert zu werden. Beispiele gibt es dafür auch in Rheinland-Pfalz genug. Erwähnt seien nur etliche Prozesse in RLP gegen engagierte Antifaschist*innen oder Anquatschversuche seitens des Verfassungsschutzes, die es auch in Trier gab!

Was können wir dagegen tun?

Neben der Kritik der bestehenden Verhältnisse, die auch den Verfassungsschutz als stabilisierende und ideologisch aufgeladene Institution bedingen, gilt es auch auf praktischer Ebene staatlicher Repression etwas entgegenzusetzen. Das beste Mittel ist hier unsere gemeinsame Solidarität. Lassen wir die Betroffenen nicht alleine.

Für Leute, die von staatlicher Repression betroffen sind, sei es durch Post von Polizei nach einer der vielen Nazikundgebungen in Trier oder andere Formen der Repression, meldet euch bei eurer lokalen Antifagruppe oder der Roten Hilfe.

Verfassungsschutz auflösen!
Solidarität praktisch werden lassen!

Weiteres zu diesem Thema:

* Broschüre „Neonazis in Trier“:
<http://trier.blogsport.eu/files/2012/12/Broschüre1.pdf>

* Erklärung zum Umgang mit Nazis in Trier:
<http://trier.blogsport.eu/files/2012/01/fertig.pdf>

* Broschüre „Schöner leben ohne Spitzel“:
http://www.antifa.de/cms/images/stories/schoener_leben_ohne_spitzel.pdf

* Broschüre „Was tun, wenn's brennt?“:
<http://www.rote-hilfe.de/downloads/category/3-rechtshilfe-a-was-tun-wenns-brennt>



Bleiberechtsdemo in Trier am 8. Juni 2013; © Anna Hansen

„The future is unwritten“

Antifaschistische Aktionstage im Mai und Juni 2013 in Trier

Im Mai und Juni 2013 veranstalteten wir die Aktionstage „The Future is Unwritten“. Neben Vorträgen und einer Befreiungsparty am 8. Mai markierte die Demonstration für globale Bewegungsfreiheit und gegen die rassistische Abschottungspolitik der EU den Abschluss der Veranstaltungsreihe. In erster Linie ging es uns darum aufzuzeigen, dass das sogenannte „Ende der Geschichte“ noch lange nicht erreicht ist und globale Bewegungsfreiheit nur durch die Transformation der bestehenden (kapitalistischen) Verhältnisse erreicht werden kann.

So zeigte Norbert Trenkle in seinem Vortrag „Die große Entwertung“, dass die globale Wirtschaftskrise eben nicht durch „gierige“ Banker oder die Staatsverschuldung ausgelöst wurde. Die Ursachen der Krise liegen stattdessen in der Logik der kapitalistischen Gesellschaft. Zu was eine unpassende Analyse und die daraus resultierenden falschen Schlüsse führen können, verdeutlichte Jörg Kronauer in seinem Vortrag über die extreme Rechte in Europa in Zeiten der Krise. Werden die abstrakten Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus nicht reflektiert, drohen nationalistische Feindbildprojektionen. Gerade in den europäischen Krisenstaaten können extrem rechte Bewegungen einen teilweise enormen Bedeutungsgewinn verzeichnen (zum

Beispiel die *Goldene Morgenröte* in Griechenland).

Dass globale Bewegungsfreiheit und Rassismus auch mehr als 20 Jahre nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen thematisiert werden müssen, zeigt sich an zahllosen Beispielen. So gehört etwa die rassistische Praxis des racial profiling zum Standardrepertoire der Polizei. Aber auch in der „Zivilbevölkerung“ ist Rassismus gängige Praxis. Neben dem ständig reproduzierten Alltagsrassismus äußert sich dies auch in Protesten gegen Asylbewerber*innenheime. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Situation in den frühen 1990ern werden zwar diskutiert, die Situation ist jedoch in jedem Fall bedrohlich: Rechte Mobilisierungsversuche zeigten teils erschreckende Erfolge. Bei Aufmärschen mit hunderten Teilnehmer*innen waren auch „normale“ Bürger*innen stark vertreten.

Die „Mitte der Gesellschaft“ ist offenbar von Abstiegsängsten geplagt, die sie auf Asylsuchende projiziert, zugleich gänzlich ignorant gegenüber deren Situation. Es braucht in der Regel nicht Neonazis, um diese Ängste zu wecken. Der deutsche Mob gründete an vielen Orten selbst Initiativen gegen die Unterbringung von Asylsuchenden.

den. Mit juristischen Mitteln, offenen Briefen, Lichterketten und anderem mehr wird versucht, den eigenen Rassismus durchzusetzen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Unterbringung von Refugees in Trier-Euren zu ähnlichen Protesten wie in Schneeberg und anderswo führen wird. Von den offenen Rassist*innen der extremen Rechten ist ein solches Verhalten seit jeher bekannt und zu erwarten - vom deutschen Mob auch.

Im letzten Jahr machten aber auch Refugees selbst auf sich aufmerksam: Sie forderten ein Ende der menschenunwürdigen Behandlung und Unterbringung ein. Diese Initiativen wurden jedoch vielfach mit Gewalt und Schikanen durch den Staat konfrontiert. Auch die Situation in Europa spitzte sich weiter zu. Am 03. Oktober 2013 ereignete sich vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa ein Massensterben, bei dem über 300 Flüchtende starben. Anschließend wurde auf der EU-Innenministerkonferenz beschlossen, dass eine Änderung des Asylrechts nicht notwendig sei. Ex-Innenminister Friedrich sprach sich sogar für eine härtere Vorgehensweise aus.

Tatsächlich sterben schon seit Jahren Flüchtende an den europäischen Außengrenzen. Dies ist das Ergebnis einer Politik, die auf Abschreckung und Ausgrenzung basiert. Die Ausschlaggebenden für diese Politik sind die reichen mitteleuropäischen Staaten, die mit ihrer Austeritätspolitik die Flüchtlingsproblematik an die ärmeren EU Randstaaten delegieren. Dieses Problem wird vor allem durch die Drittstaatenlösung verstärkt, welche besagt, dass ein Flüchtender einen Asylantrag in dem Land zu stellen hat, welches er als erstes betritt. Hierdurch werden die südlichen EU Staaten überlastet, da in diesen Ländern vermehrt Asylsuchende ankommen.

Durch den Asylkompromiss von 1993, der in Deutschland von massiver rassistischer Rhetorik begleitet wurde, hat man die Migrationspolitik auf EU Ebene vergemeinschaftet. So war es möglich, eine EU Behörde zu installieren, deren Aufgabe es ist, die europäischen Außengrenzen abzusichern. Mit Milliarden von Euro wird ver-

sucht, die Grenze für Flüchtende unpassierbar zu machen. Dabei hat dies schon längst militärische Ausmaße angenommen. Unter dem Vorwand der humanitären Hilfe „retten“ die Schiffe der Grenzschutzagentur Frontex Flüchtlingsboote, indem sie die Flüchtenden abdrängen und zur Umkehr zwingen („Push Back Operation“). Dadurch wird ihnen die Flucht unmöglich gemacht. Refugees sind so gezwungen noch mehr Risiken in Kauf zu nehmen, als sie mit ihren meist hochseeuntauglichen Booten ohnehin eingehen. Die Menschen, die es trotzdem übers Meer schaffen, sind durch ihre „illegale“ Einreise weiterhin rechtlos.

Es ist falsch, diese Entwicklungen allein auf Nationalismus und Rassismus der (deutschen) Gesellschaft zurückzuführen. Diese dienen zwar als ideologischer Kitt, um den Laden zusammen zu halten und die Maßnahmen zu legitimieren, können jedoch nicht als alleinige Ursache der Abschottung gesehen werden. Die Gründe sind vielmehr in der schon oben angesprochenen Logik der kapitalistischen Gesellschaft zu finden, in der der Profit Zweck der Produktion und die Menschen nur die Mittel dazu sind. Im Vordergrund steht hier die Verwertung des Kapitals – aus Geld mehr Geld zu machen. Die Produktion von Waren, die der Lebenserhaltung der Menschen dienen, ist dabei nur ein Anhängsel, das dem Zweck der Verwertung untergeordnet ist. Eine solche Gesellschaft produziert notwendigerweise Arbeitslosigkeit, Armut und Ausschluss. Denn in ihr sind nur diejenigen etwas wert, die im Sinne der Verwertung gebraucht werden.

Weiteres zu diesem Thema:

* Aufruf zur Bleiberechtsdemo:

<http://trier.blogsport.eu/2013/04/30/demonstration-fur-grenzenlose-menschenrechte>

* Audiodateien der Vorträge:

http://www.mixcloud.com/Referat_fuer_Antirass_Trier/



„Break the Silence“ - Fight Sexism“
 Plakat zu den antisexistischen Thementage in Trier

„We break the silence!“

Die antisexistischen Thementage im Oktober und November 2013

Im vergangenen Jahr waren uns die Thementage „break the silence“ und deren Umsetzung ein wichtiges Anliegen. Zusammen mit der Feministischen Aktion Trier (FAT), dem Referat für Antirassismus und Antifaschismus und dem queere feministischen Frauen- und Lesbenreferat der Karl-Marx Uni Trier konnten wir eine Reihe interessanter Veranstaltungen und eine Abschlussfeier in der Villa Wüller organisieren. Weshalb uns das ein wichtiges Anliegen war und ist, werden wir euch im Folgenden darlegen.

Sexismus in der linken Szene

Trotz des Bewusstseins über die Wirkmächtigkeit des Sexismus in dieser Gesellschaft macht eben jener auch vor der linken Szene nicht halt. Dies mussten wir im Verlauf der letzten 14 Monate schmerzhaft erfahren. Ausgehend von konkreten Vorfällen im Dunstkreis der Szene kam es zu einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Thema innerhalb unserer Gruppe. Erst in Folge der Vorfälle wurde über Sexismus

und Grenzverletzungen innerhalb der Szene gesprochen. Dieses Sprechen, Thematisieren und Benennen löste Prozesse der Reflexion und Sensibilisierung aus.

Aufgrund der aufkommenden Präsenz des Themas trauten sich andere Betroffene ihre Erlebnisse zu verbalisieren, die teils Jahre zurücklagen. Dabei spiegelte sich das gesellschaftliche Rollenbild wider: primär waren weiblich sozialisierte Menschen betroffen, die sich mit den Erfahrungen allein gelassen fühlten mit ihren negativen Erfahrungen. Vielfach wird sexualisierte Gewalt in der Gesellschaft totgeschwiegen und verharmlost: „Ach – das war nur ein Spaß!“ oder „Das war doch als Kompliment gemeint...!“ sind Aussagen, die uns allen nur allzu bekannt sind, wenn eine betroffene Person die Grenzverletzung anspricht. An dieser Stelle wird deutlich, dass Sexismus nicht nur bedeutet bei einem Menschen zu weit zu gehen, sondern auch, dass der Mangel an einem safer-space (feministischer Begriff für einen vor Sexismus sicher[er]en Raum) für Betroffene zu Verdrängungsprozessen führt.

Reflexion und Thementage

In den Diskussionen zu den Vorfällen kristallisierte sich das Bedürfnis einer politischen Positionierung heraus. Um diese überhaupt möglich werden zu lassen war die Gruppenreflexion ein wichtiges Fundament. Angefangen bei der Analyse der informellen Hierarchien, der Gruppenkonstellation und dem Genderverhältnis (auch dem in der Szene über die Gruppe hinaus), bis hin zur Außenwirkung spiegeln diese immer noch die gesellschaftlichen Verhältnisse wider. Um eben diese Spirale zu durchbrechen waren es eine logische Konsequenz die antisexistischen Thementage gemeinsam mit anderen Gruppen auf den Weg zu bringen. Es ging uns darum einen Raum zu schaffen, um über Sexismus und seine vielfältigen Erscheinungsformen zu sprechen – einen Reflexionsprozess in Gang zu bringen. Obwohl sich linke Menschen als Antisexist*innen labeln, hinterfragen sie vielfach nicht ihr ansozialisiertes Geschlecht und das damit verbundene Handeln. Dadurch wurde uns bewusst, dass es einer pro-feministischen Positionierung und kontinuierlicher Selbstkritik bedarf um sich richtungsweisenden Tendenzen entgegen zu stellen.

Bereits vor den Vorfällen waren wir uns des medialen Bildes „der Antifa“ bewusst, welches vorwiegend mit Klischees arbeitet. Antifa bedeutet hier oftmals schwarz verummte, männlich wahrgenommene Menschen inmitten von Gewaltszenen. Dabei wird nicht wahrgenommen, dass sich antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen vielfach in soziale Kämpfe einklinken, für eine freie Gesellschaft kämpfen und Solidarität mit Benachteiligten zeigen. Antifa ist keine Ein-Punkt-Bewegung, die sich nur gegen Rechts richtet. Die Frage, ob es noch weitere Identifikationsmöglichkeiten für Aktivist*innen gibt, als den „prügelnden Antifa-Boy“ beantworten wir ganz klar mit ja! Hier spiegelt sich unser ansozialisiertes binäres Geschlechterdenken mit all seinen Vorurteilen wider: Kann das stille, zierliche Mädchen* überhaupt „zur Antifa“ gehören? Wir alle sollten unsere Denk- und Verhaltensweisen hinterfragen, nur so können wir selbst einen positiven Gegenentwurf zur alltäglichen Praxis werden lassen.

Die Doppelbelastung der Frau in Produktion und Reproduktion ermöglicht dieser bürgerlichen Gesellschaft eine fundamental patriarchale zu bleiben. Der alltägliche Sexismus reproduziert einen status quo der diese Verhältnisse vielfach auf dem Rücken weiblich sozialisierter Menschen zementiert. Wir erkennen den Sexismus und seine Mechanismen als elementaren Bestandteil dieser kapitalistischen, hierarchischen Gesellschaftsorganisation – nicht als Nebenwiderspruch des Kapitalismus, der sich aufhebt, sobald der Kapitalismus überwunden ist!

Auch das Weltbild von Neonazis baut darauf auf, lebt von Männlichkeitsbildern und -phantasien, während „die Mutter“ sich am Herd und in der völkischen Ideologisierung des Nachwuchses selbst genügt. Doch nicht nur die rechte Ideologie profitiert von dem binären Geschlechterverständnis und repräsentiert dieses: Die „Herdprämie“ verleitet Frauen dazu, sich keine Arbeit zu suchen, da diese im Vergleich zum Lohn des Mannes schlechter bezahlt wird. So geraten in der Regel Mütter in noch größere Abhängigkeiten zum Vater. Die CDU hingegen begreift sich selbst als besonders fortschrittlich, wenn eine siebenfache Mutter Verteidigungsministerin wird. Gleichzeitig erkennen wir, wie gut das ins Konzept passt. Gegen diese heuchlerischen Zustände und seine Verbündeten!

Wir freuen uns riesig über die notwendige Gründung der FAT im letzten Jahr! Ihre Arbeit innerhalb dieser konservativen Stadt Trier und die Funktion als Anlaufstelle für politisch interessierte Menschen, die sich in männlich dominierten Räumen unwohl fühlen, ist nicht hoch genug zu wertschätzen.

Wir wollen keine Macker-Antifa und sehen den Feminismus als Teil antifaschistischer Arbeit!

Join your local Antifa Grrrls!

Lesetipp:

** Fantifa - Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik:*

<http://www.edition-assemblage.de/fantifa/2013/>

Weitere Veröffentlichungen der *Autonomen Antifa Trier* findest du auf unserer Internetseite <http://trier.blogsport.eu>.

Über Rückfragen und Anmerkungen freuen wir uns! Du erreichst uns unter afa-trier@no-log.org.

Links zu empfehlenswerten antifaschistischen und antisexistischen Projekten:

* *Antifaschistisches Infobüro Rhein-Main*
<http://www.infobuero.org/>

* *Lotta - Antifaschistische Zeitung aus NRW, Hessen und RLP*
<http://www.lotta-magazin.de/>

* *Der Rechte Rand - Magazin von und für Antifaschist*innen*
<http://www.der-rechte-rand.de/>

* *Antifaschistisches Infoblatt*
<http://www.antifainfoblatt.de/>

* *Feministische Aktion Trier (FAT)*
<http://www.facebook.com/FATFeministischeAktionTrier>

2013



Februar 2013: Rund 30 Antifaschist*innen bekunden vor der Porta-Nigra in Trier ihre Solidarität mit kriminalisierten Antifas.